

19.3.01

HR 1 / NDR 4

HR 1, Das politische Buch

Niall Ferguson:
Politik ohne Macht.
Das fatale Vertrauen in die Wirtschaft
Deutsche Verlags-Anstalt, 49,80 Mark

1.4.01

Rezension von PATRICK HORST

Niall Ferguson hat sich auf die großen Revisionen spezialisiert. Nachdem er in seinem letzten Buch über den "falschen Krieg" Deutschland von der Alleinverantwortung für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges freigesprochen und dem Versagen der britischen Diplomatie eine beträchtliche Mitschuld an dieser Jahrhundertkatastrophe zugeschrieben hatte, greift er nun eine weitere Glaubensgewissheit der Wissenschaft an - und zwar "das fatale Vertrauen in die Wirtschaft", wie es im Untertitel seines neuen Buches heißt. Dass die Ökonomie die Politik beherrsche oder der Kapitalismus als Voraussetzung der Demokratie erscheine, wie es allerorten und nicht zuletzt in der Globalisierungsdebatte zu vernehmen ist, stellt die Wirklichkeit für Ferguson nun doch etwas simpel dar. Gegen einen solcherart untauglichen ökonomischen Determinismus, der alles Heil von der Wirtschaft erwartet, möchte Ferguson die Politik wieder in sein Recht einsetzen. Politik hat es mit mehr als Wirtschaft zu tun, wird von ganz anderen Motiven angetrieben - jedenfalls auch - als nur dem Streben nach dem ökonomischen Vorteil.

Ein sympathischer Ansatz, zweifelsohne. Und auch einer, der, wie Ferguson historisch weit ausholend untermauert, viele gute Gründe für sich hat. Am Anfang war nämlich nicht das Geld, sondern der Krieg. Herodot hatte sicher nicht unrecht, als er ihn als den "Vater aller Dinge" bezeichnete. Der moderne Wohlfahrts-, Steuer- und Verwaltungsstaat ist historisch gesehen ein Kind des Krieges. Die Ausgaben, die Steuern, die Schuldenaufnahme und die Verwaltung des Staates sind in erster Linie Folge seines Finanzierungsbedarfs infolge von Kriegen. Ökonomische Motive spielen bei der Entscheidung über die Staatsausgaben oder die Besteuerung oftmals nur eine nachgeordnete Rolle; das Streben nach Macht und Ruhm, die Befriedigung persönlicher Eitelkeiten, die Durchsetzung politischer oder moralischer Überzeugungen treibt das Handeln der Politiker nicht weniger an als der ökonomische Vorteil. Politiker - und nichts anderes gilt für Wähler - handeln keineswegs nur rational, sondern genauso oft irrational.

Ein unumstößlicher Glaubenssatz der ökonomischen Theorie der Politik lautet, dass Regierungen die Wiederwahl solange sicher sei, wie die Wirtschaftslage gut ist. Politiker glauben an dieses Grundaxiom der Politik wie an das Amen in der Kirche. Ferguson belegt dies anhand von zahllosen Politikeräußerungen, die bis zu Großbritanniens Premierminister Benjamin Disraeli in den 1870er Jahren zu-

rückreichen. Der Wahlerfolg einer Regierung lässt sich aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten aber keineswegs kausal auf eine gute Wirtschaftslage zurückführen. Die Empirie zeigt, dass viele Regierungen gerade in Zeiten bester Wirtschaftslage abgewählt werden - in Großbritannien zuletzt 1997 die Regierung Major, die trotz exzellenter konjunktureller Daten von Tony Blairs New Labour erdrutschartig hinweggespült wurde.

Ferguson macht noch einem weiteren, von der ökonomischen Betrachtung der Politik mächtig beförderten Vorurteil den Garaus - dem Vorurteil, dass die Politik viel zu teuer sei, dass Abgeordnete und Parteien korrupter denn je seien. Als Historiker ist es ihm ein leichtes zu zeigen, dass die Korruption in früheren Zeiten weit krassere Ausmaße hatte als heutzutage. Welcher Staatsmann könnte es sich noch leisten - wie William Gladstone in den 1870er Jahren -, sich mit ägyptischen Staatsanleihen einzudecken, um dann den Preis dieser Anleihen mittels einer militärischen Besetzung des Landes in ungeahnte Höhen zu treiben. Gladstones Profit dürfte damals laut Ferguson bei einem heutigen Gegenwert von 7,5 Millionen Pfund gelegen haben. Auch den Wahlkampf ließen sich die Politiker im 19. Jahrhundert weitaus mehr kosten als heute. Nach Fergusons Berechnungen gab ein britischer Parlamentskandidat 1880 mehr als 20 Pfund pro Wählerstimme aus, während er 1997 nicht mehr als 42 Pence aufbrachte. Ferguson argumentiert überzeugend, dass die Parteien und Abgeordneten heute aufgrund des generellen Korruptionsverdachts stark unterfinanziert sind. Er plädiert für die Beschneidung öffentlicher Parteienfinanzierung bei stärkerer, publizitätspflichtiger Zulassung privater Spenden. Und er spricht sich für eine bessere Bezahlung der Minister und Abgeordneten aus, die dem Niveau vergleichbarer Positionen in der freien Wirtschaft angepasst werden sollte.

Fergusons meinungsstarkem Plädoyer für die Rückeroberung des Primats der Politik kann im allgemeinen nur beigespflichtet, einzelnen seiner Vorstellungen muss allerdings entschieden widersprochen werden. Allen voran seiner Forderung, dass die USA ihre Rolle als Weltpolizist gegenüber den "Schurkenstaaten" beherzter wahrnehmen sollen als bisher. Seine Kritik an der mangelnden Charakterstärke der USA, deren - Zitat - "Politik der chirurgischen Eingriffe mit allzu schnellen Ausstiegsstrategien sich gegen Symptome richtet, aber die Krankheiten ignoriert", kommt denn doch etwas martialisch daher.

[ca. 5`00 min.]